

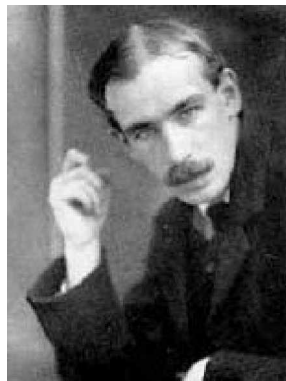
Andres Müller

Die Bedeutung des Versailler Friedensdiktates von 1919 für Europa – damals und heute

Eine ökonomische Analyse und historische Würdigung der Gestaltungskräfte des Versailler Friedensdiktates aus dem Jahr 1919 unter besonderer Berücksichtigung der Abhandlung von John Maynard Keynes aus dem Jahr 1919: „Die Auswirkungen des Versailler Friedens“. ¹

Vorbemerkung

J. M. Keynes, der in den Jahren nach der Veröffentlichung seines Werkes über den „Versailler Frieden“ einer der berühmtesten Nationalökonomien des 20. Jahrhunderts werden sollte², war Mitglied der englischen Delegation zur Aushandlung des Versailler Friedensvertrages. Als er merkte, welche unabwendbare und unheilvolle Entwicklung diese Konferenz nahm, verließ er die Delegation unter Protest und veröffentlichte später die Gründe seiner Ablehnung in Buchform.



John Maynard Keynes

¹ Krieg und Frieden, die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berenberg Verlag, Berlin 2006. Der ursprünglich Titel lautete „The economic Consequences of Peace“, war 1919 in London erschienen und 1920 in deutscher Sprache veröffentlicht worden.

² John Maynard Keynes (1883–1946) war auch englischer Delegationsleiter der Bretton-Woods-Konferenz 1944, in der die Grundlagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) festgezurrt wurden, mit denen die Vorherrschaft des Dollar und der US-Wirtschaft in der Welt begründete wurden. Sein berühmtestes Werk war die „Allgemeine Beschäftigungstheorie“ (*The General Theory of Employment, Interest and Money*), London 1936. Darin widerlegt er die „klassische Lehre“ der Nationalökonomie, die behauptete, daß in einer freien Marktwirtschaft keine langfristige Arbeitslosigkeit entstehen könne. Er zeigte in seinem Werk die Mittel auf, die notwendig waren, die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. In Deutschland hatte der Ökonom und leitende Beamte des Reichswirtschaftsministeriums, Wilhelm Lautenbach, schon seit 1931 aufgezeigt, welche Mittel notwendig wären, um Deutschland aus der Arbeitslosigkeit herauszuführen. Er war aber bei Reichskanzler Brüning und seinen Nachfolgern auf taube Ohren gestoßen. Erst Adolf Hitler hat seine Vorschläge aufgegriffen und in die erfolgreiche Tat umgesetzt.

Keynes zeigt in seinem Buch aber nicht nur die Folgen dieses „Friedens“ auf, den er „Karthago-Frieden“ nennt, er beschreibt

die Ursachen der europäischen Tragödie, die sich zum Weltkrieg entwickelte;

die Motive der Beteiligten des Friedensdiktates, das nicht Frieden, sondern anhaltende Vorherrschaft der Sieger und fortwährende Schwächung des Kriegsgegners im Sinne hatte;

die zwangsläufigen Folgen des ökonomisch unerfüllbaren Reparationsdiktates für die wirtschaftliche Entwicklung Europas;

die Folgen für den Fortgang der europäischen Kultur und für die politische Bedeutung Europas und seiner Völker.

Seine Analysen hat er eingehend, nicht nur unter ökonomischen Aspekten, begründet. Und seine Prognosen – die ökonomischen und politischen – sind eingetreten. Über seine Streitschrift wurde deshalb in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg lange Zeit erfolgreich der „Mantel des Schweigens“ gebreitet. Nennt sie doch die Kräfte beim Namen, die zwangsläufig in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges führen mußten – ohne den Nationalsozialismus und Adolf Hitler erwähnen zu können – denn es gab sie ja damals noch nicht, als er seine Schrift 1919 veröffentlichte. Sie paßt nicht zu den Erklärungsmustern der politisch verordneten Zeitgeschichtsschreibung nach 1945.

Heute, in einer peripher aufdämmernden Zeit, die zaghaft beginnt, die in den offiziösen Geschichtsbüchern zur Realität geronnene Propaganda zu hinterfragen, konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Keynesschen Erkenntnisse und Aussagen einmal wieder aufgegriffen und ans „Tageslicht gebracht“ würden. Dabei darf es freilich nicht verwundern, daß die in den „meinungsbildenden Mühlen“ der wohlorganisierten Nachkriegsschulung erzogenen Historiker-, Politologen-, und Soziologengeneration sich verzweifelt dagegen wehrt, ihr tief verinnerlichtes Geschichtsbild relativieren zu müssen³. Niemand läßt sich gern ein vermeintlich sogar wissenschaftlich fundiertes Weltbild so einfach wegnehmen und vorwerfen, er habe die falschen Dinge geglaubt und öffentlich vertreten.

Damit also das bald 100 Jahre alte Keynessche Essay ja niemand in die falsche Kehle bekommen könne, meinte der Berenberg-Verlag, einen „im Glauben“ sattelfesten Historiker beauftragen zu müssen, der Neuauflage die für unser Zeitverständnis notwendigen Auslegungen voranstellen zu müssen. Dazu wählte man eine Historikerin des Geburtsjahres 1965, Dorothea Hauser, deren anerzogener Wertehaltung man sicher sein konnte. Doch die Auftragsarbeit ist so gründlich mißlungen, daß man daran seine helle Freude haben kann: Mag die Streitschrift von John Maynard Keynes aufgrund seines poetischen Schreibstils schon für die Übersetzer eine anspruchsvolle Arbeit gewesen sein, die dem deutschen Leser den Zugang zum Sachverhalt an manchen Stellen nicht leicht macht, so gelingt es der pseudowissenschaftlich interpretierenden Kommentatorin mit sachlichem Unverstand, diese Zugangsschwierigkeiten noch einmal zu toppen. Ganz zu schweigen von ihrem offenkundigen Unvermögen, die ökonomischen Sachzusammenhänge zu erkennen und mit eigenen, verständlichen Worten darzustellen. Wäre sie dazu in der Lage, hätte sie bei ihrer Würdigung ja auch zu einem ganz anderen Ergebnis kommen müssen.

³ Sehr kritisch hinterfragt die Zeithistorie in ihrer Darstellung durch die Zunft der approbierten akademischen Deuter Wolf Kalz, „Die Ideologie des ‚deutschen Sonderwegs‘. Exkurse zur Zeithistorie“, Lindenblatt Media Verlag, Künzelsau (2004). Kalz verlangt für das Sujet der Zeithistorie „eine neuerliche Aufklärung und damit deren Historisierung“.

Buch und Vorwort sind für den politisch und ökonomisch interessierten Laien ein „schwer verdaulicher Happen“. Es konnte eigentlich nicht im Interesse eines an Umsatz- und Gewinnsteigerung interessierten Verlages sein, den Leserkreis möglichst klein zu halten. Offenkundig ließen sich im vorliegenden Fall politischer Missionierungsauftrag und kaufmännischer Geschäftssinn nicht vereinbaren. Jetzt hat man beides verfehlt. Wer sich über die wichtigsten historischen und ökonomischen Gegebenheiten des „Versailler Friedens“ und seine Auswirkungen informieren will, kann sich mit der nachstehenden Abhandlung einen ersten Überblick verschaffen, der alle wesentlichen ökonomischen Einflußgrößen berücksichtigt und ihre jeweilige Bedeutung herausarbeitet.

Das Versailler Friedensdiktat, Motive und Auswirkungen

War Keynes germanophil?

Es konnte nicht ausbleiben, daß die demokratisierte Akademiker-Elite Deutschlands in der Kritik des „Friedensvertrages“ durch Keynes eine germanophile Grundeinstellung des Autors entdecken wollte. Daß dem aber ganz und gar nicht so ist, belegt Keynes schon in der Einleitung mit seinen eigenen Worten, in dem er den Deutschen die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges zuweist: *„Durch krankhafte Täuschung und rücksichtsloses Selbstbewußtsein getrieben stürzte das deutsche Volk die Fundamente, auf denen wir alle lebten und bauten“*.⁴ Eine wahrlich nicht von Sachlichkeit gekennzeichnete Aussage, in Anbetracht der langen, von der anglo-französischen Diplomatie betriebenen Einkreisungspolitik, der slawophilen russischen Expansionspolitik und der anwachsenden britischen Sorge um die „Balance of Power“ in Europa angesichts des rapiden Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums im deutschen Sprachraum Mitteleuropas. Was Keynes bewegte, war ganz allein die ökonomische Unvernunft, mit der die alliierten Siegermächte die unermesslichen Kriegsschäden durch die „Friedensregelungen“ noch einmal steigern würden. Das war seine große Sorge! Die Reparationsforderungen mußten, da sie faktisch unerfüllbar waren, die Volkswirtschaften aller europäischen Länder schwer schädigen. Der endgültige Niedergang Europas war seiner Meinung nach damit besiegelt. Keynes sagt dies auch wörtlich:

„Aber die Wortführer des französischen und britischen Volkes haben das Wagnis unternommen, den Umsturz zu vollenden, den Deutschland begann, durch einen Frieden, dessen Verwirklichung das empfindliche, verwickelte, durch den Krieg bereits erschütterte und zerrissene System, auf Grund dessen allein die europäischen Völker arbeiten und leben können, noch weiter zerstören muß, statt es wiederherzustellen.“⁵

Die ökonomischen Schäden des Versailler Friedens, die alle Europäer treffen mußten, nachzuweisen, war Keynes' zentrales Anliegen, unabhängig von Ursachen des Krieges und den üblichen Kriegsschuldzuweisungen, die er ja selbst teilte! Nach seiner Ansicht waren die europäischen Völker durch ihre Geschichte und die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung so tief miteinander verbunden, daß die beabsichtigte Zerstörung Deutschlands und Österreich-Ungarns (durch den Frieden!) auch den Niedergang der Siegermächte, insbesondere Frankreichs und Italiens zur Folge haben mußte.⁶ Dies war das Trauma, das die Person John Maynard Keynes damals zutiefst erfaßt hatte. Die Art, wie er die Atmosphäre der Verhandlungen, die beteiligten Personen und die Räumlichkeiten, in denen sich die

⁴ John Maynard Keynes, Krieg und Frieden, a.a.O., Seite 39

⁵ Ebenda

⁶ Vgl. ebenda, Seite 41

Geschichte damals abspielte, schildert, bezeugen seine innere Betroffenheit. Er sah das Unheil kommen, er konnte es nicht abwenden, obwohl er die ökonomischen Konsequenzen genau kannte und auch benannte. Also machte er es sich zur Aufgabe, die Verblendung der Akteure und ihres Denkens aufzuzeigen. Seine Bedeutung als Chronist kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Europa vor dem Krieg

Keynes schildert die ökonomische Entwicklung in Europa nach 1870. Durch die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen und den zunehmenden Überseehandel war es gelungen, die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen, weshalb es zu einem ansteigenden Bevölkerungswachstum kommen konnte⁷. In den europäischen Industrieländern hatte sich ein (für unsere Verhältnisse freilich bescheidener) allgemeiner Wohlstand etabliert. Und doch gab es schon einige „Elemente der Unbeständigkeit“, die „bei Kriegsausbruch im Wirtschaftsleben Europas gegenwärtig waren“⁸, so formuliert Keynes, ohne in Erwägung zu ziehen, daß diese für den Krieg ursächlich gewesen sein könnten. Zu tief war auch er im Denken der damaligen Elite des englischen Empire befangen.

Als erste „Unbeständigkeit“ nennt er die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, die von 40 Millionen im Jahr 1870 auf 68 Millionen im Jahr 1914 angewachsen war. Die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches hatte die englische und französische Volkswirtschaft überholt und war zur mächtigsten Volkswirtschaft Europas aufgestiegen. Auch die Bevölkerung Österreich-Ungarns und seine Wirtschaft hatte eine vergleichbare Entwicklung genommen. Die Bevölkerung und Wirtschaftskraft beider Staaten war weit größer als die der USA! Von der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland profitierten alle Nachbarländer über den Handel mit steigenden Importen und Exporten, insbesondere auch England. Deutschland stellte seinen europäischen Nachbarn das notwendige Kapital für die eigene wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung. In ähnlicher Weise investierten die westeuropäischen Länder, insbesondere England, in ihren überseeischen Besitzungen. Trotzdem blieb England im organischen (internen) Wachstum hinter der deutschen Wirtschaft zurück und drohte auch im Außenhandel und bei den Auslandsinvestitionen überholt zu werden.

Eine wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Wachstums im Vorkriegseuropa sah Keynes in der hohen Investitionsbereitschaft (Konsumverzicht) der Unternehmerschicht⁹. Das traf insbesondere auf die deutschen Unternehmer zu. Das Bißchen, das sie sparen konnten, investierten sie. Wegen der angewachsenen Bevölkerungszahl waren jedoch alle Industrieländer Europas auf den Import von Nahrungsmitteln aus der „Neuen Welt“ angewiesen, für den sie wegen des Gesetzes des sinkenden Bodenertrages (bei der Urbarmachung auch der weniger fruchtbaren Böden) eine ansteigende Menge realer Industriegüter zur Verfügung stellen mußten.

In Europa hatte sich ein Gleichgewicht des Wachstums eingependelt. Das Versailler Friedensdiktat, in dem Deutschland seine Kolonien verlor, über 10% seines Wirtschaftsgebietes und seiner Bevölkerung abtreten mußte und zur Zahlung von Reparationen in Höhe 132 Mrd. Goldmark (das dreifache des Vorkriegssozialproduktes) verpflichtet werden sollte, mußte das Fundament dieser Entwicklung zum Einsturz bringen.

⁷ Sicherlich hätte Keynes auch die Entwicklung der Medizin und der Hygiene nennen müssen.

⁸ Keynes, a.a.O., Seite 46

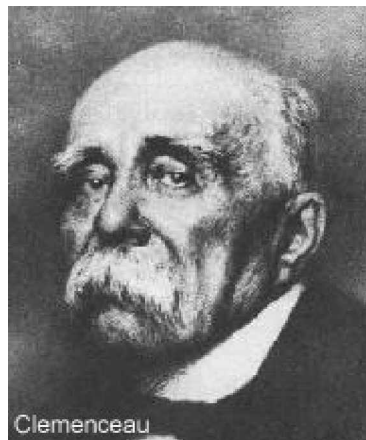
⁹ „Die Gesellschaft arbeitete nicht für die kleinen Freuden der Gegenwart, sondern für die künftige Sicherheit und Hebung der Rasse“, Keynes, a.a.O., Seite 53.

Es war eine Frage der ökonomischen Vernunft, den Frieden so zu gestalten, daß Europa auf den Pfad ökonomischer Prosperität hätte alsbald zurückfinden können. Keynes war damals die „Stimme der ökonomischen Vernunft“, die das verlangte. Ihn wurde von den verantwortlichen Staatsmännern kein Gehör geschenkt. Die Motive, warum sie das nicht taten, waren unterschiedlich. Keynes beschreibt sie und die Personen, die sich von ihren Eitelkeiten, politischen Voreingenommenheiten und chauvinistischen Zielen leiten ließen.

Die persönlichen Mängel und Eitelkeiten der Konferenzteilnehmer

Die Versailler „Friedenskonferenz“ wurde im wesentlichen von Franzosen, Engländern, Amerikanern und Italienern arrangiert. Keynes schildert, daß die französischen Diplomaten die Initiative bei der Konferenzgestaltung übernahmen, indem sie die am weitestreichenden Vorschläge unterbreiteten, die zu relativieren die US-Amerikaner und Engländer sich genierten, um nicht der Interessenwahrung des ehemaligen Feindes bezichtigt zu werden.

Georges Clemenceau, der französische Präsident, war der große „Magier“ des Versailler Friedensdiktates. Er führte die Regie des Konferenzablaufs meisterhaft, die englischen, amerikanischen und italienischen Delegierten kamen über die Rolle der marginal beteiligten Statisten nie hinaus. Keynes kennzeichnet das Menschenbild, das sich Clemenceau von den Deutschen zurechtgelegt hatte und das seine maßlosen Forderungen bestimmte. Demnach würde der Deutsche weder Edelmut noch Gewissensbisse kennen und nur auf Einschüchterung und Gewalt reagieren, dem man die Friedensbedingungen diktieren müsse, um von ihm nicht betrogen zu werden.¹⁰



Die chauvinistischen Zielsetzungen Clemenceaus waren nach Ansicht von Keynes durch die unterschiedliche Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Frankreichs und Deutschlands nach 1870 begründet. Während beide Staaten 1871 noch gleich mächtig waren, war die Bevölkerung Deutschlands 1914 um 70% größer als die Frankreichs. Frankreichs Wirtschaftskraft war weit hinter die Deutschlands zurückgefallen und die künftige wissenschaftliche, technische und industrielle Entwicklung würde den Abstand noch vergrößern, wenn ihr nicht Einhalt geboten würde. Und dies zu tun war der französische Präsident fest entschlossen. Denn, so formuliert Keynes wörtlich:

¹⁰ Vgl. Keynes, a.a.O., Seite 61f.

„...ein Friede der Großmut oder der Gerechtigkeit und Billigkeit, der auf solcher Ideologie wie den 14 Punkten des (US) Präsidenten aufgebaut war, konnte nur die Wirkung haben, den Zeitraum für Deutschlands Wiedererholung abzukürzen und den Tag beschleunigen, da es seine größeren Massen, seine überlegenen Hilfsquellen und seine technische Geschicklichkeit gegen Frankreich schleudern würde.“¹¹

Frankreichs Politik wollte die Uhr zurückstellen und ungeschehen machen, was der Fortschritt Deutschlands seit 1870 vollbracht hatte. Dazu waren die Gebietsabtretungen erforderlich und vor allem die Zerschlagung der deutschen Wirtschaft mit ihrer überlegenen Schwer-, Chemie- und Elektroindustrie. Dazu bedurfte es auch diverser Staatsgründungen, die erst nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums teilweise ihre souveränen Volksgrenzen erhielten (Tschechoslowakei, Jugoslawien).

„Wenn Frankreich sich auch nur teilweise aneignen könnte, was man Deutschland fallen zu lassen zwang, so konnte die Ungleichheit der Kraft der beiden Nebenbuhler um die europäische Vorherrschaft auf viele Menschenalter beseitigt werden.“¹²

Doch die Wirtschaft, insbesondere die Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften, hatte sich weiterentwickelt. Das Zurückschlagen der Deutschen Volkswirtschaft auf die Zeit vor der Jahrhundertwende mußte alle europäischen Völker und ihre Volkswirtschaften treffen. Das hatte Keynes gewußt und gesagt. Doch er predigte damals „tauben Ohren“. Die Volkswirtschaften der osteuropäischen Länder haben sich bis heute (Beginn des 21. Jahrhunderts) von diesem Schlag noch nicht erholt. Ihre heutige Rückständigkeit ist nicht nur auf Schädigungen durch die kommunistische Zentralverwaltungswirtschaft zurückzuführen, wie heute im allgemeinen immer wieder ausgeführt wird.

Warum blieben die Wilsonschen Friedensproklamationen beim Versailler Frieden faktisch unberücksichtigt?

Alle am Krieg beteiligten Völker hatten auf die Friedensversprechungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson vertraut. Im Vertrauen auf sie hatte die deutsche Regierung am 5. Oktober 1918 den Waffenstillstand angeboten. Doch von den „14 Punkten“ des US-Präsidenten war nachher, bei der Aushandlung des Versailler Friedens durch die Siegermächte, nicht mehr die Rede. Es war ein Diktatfrieden geworden. Bei Verträgen gibt es Verhandlungspartner. Doch als Partner am Friedensvertrag mitzuwirken, das war den Deutschen nie zugestanden worden. Ihnen wurde am Ende bekanntgegeben, was die Siegermächte über sie beschlossen hatten. Das war beim Wiener Friedenskongreß nach den napoleonischen Kriegen im Jahr 1814-1815 noch anders. Damals hatte Frankreich, obgleich als Aggressor und Verlierer beteiligt, als gleichberechtigter Partner an den Friedensverhandlungen teilgenommen und war im Ergebnis von den damaligen Siegermächten nicht übervorteilt worden.

Keynes nennt die Ursachen, warum die Wilsonschen Friedenspunkte nicht ernsthaft auf den Verhandlungstisch kamen. Es war in erster Linie das persönliche und menschliche Unvermögen Wilsons, der weder die politische noch die philosophische Gestaltungskraft besaß, gegenüber den europäischen – vor allem den französischen – Diplomaten auf Augenhöhe mitzureden, geschweige denn, seine Proklamationen durchzusetzen¹³. Keynes

¹¹ Keynes a.a.O., Seite 63

¹² Ebenda

¹³ Keynes widmet der Charakterisierung des US-Präsidenten über 10 Seiten. Einige Auszüge mögen genügen, ein Bild von ihm zu bekommen: „Der Präsident war wie ein Geistlicher einer Dissidentenkirche, ... sein Denken und Temperament waren wesentlich theologisch, nicht intellektuell“. ...“dieser blinde und taube Don Quixote trat in eine Höhle“... (Seite 68, gemeint waren die Verhandlungsräume). „... sein Geist war langsam

schildert ausführlich, über 10 Seiten hinweg, wie sich der US-Präsident, der auch um seine Wiederwahl bangen mußte, von seinen Verhandlungspartnern immer wieder hat übertölpeln lassen. Sie mußten ihn nur mit dem Vorwurf der Deutschfreundlichkeit konfrontieren, um ihn auf ihre harte Gangart einzuschwören. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen formuliert Keynes in poetischer, aber anschaulicher Weise:

„Die feinsten Sophisten und heuchlerischsten Stilisten machten sich an die Arbeit und brachten manche erfinderische Stilübung hervor, die auch einige Klügere als den Präsidenten länger als eine Stunde hätte täuschen können.“

Und Keynes konkretisiert seine Aussage:

„So bestimmt der Friedensvertrag, anstatt zu sagen ‚es wird Deutsch-Österreich verboten, sich mit Deutschland zu vereinigen‘, außer mit Erlaubnis Frankreichs (was mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung unverträglich gewesen wäre), mit feinerer Ausdrucksweise, daß ‚Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs ... anerkennt und daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist‘.“¹⁴

Der Inhalt des „Friedensvertrages“

Die deutsche Regierung hatte im Schriftwechsel mit US-Präsident Wilson in der Zeit vom 5. Oktober bis 23. Oktober 1918 bestätigt, daß sie die Vorbedingungen des Waffenstillstandes akzeptiere, bzw. bereits erfüllt habe. Diese waren:

die Einzelheiten des Waffenstillstandes den USA und ihren Verbündeten zu überlassen, den U-Bootkrieg einzustellen und

eine konstitutionelle Regierung und Verfassung in Deutschland zu errichten (Abschaffung der Monarchie).

Aus dem Briefwechsel geht klar hervor, daß die 14 Friedensbedingungen, die der US-Präsident in seinen Ansprachen vor dem US-Kongreß formuliert hatte, Inhalt des Friedensvertrages sein würden. Zweck der Friedenskonferenz war es demnach nur noch, die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern. Keynes stellt dazu ausdrücklich fest:

„Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.“¹⁵

Das ist, wie die Geschichte gezeigt hat, nachher nicht geschehen. Das kann man in den Geschichtsbüchern der Weimarer Republik, oder wie im vorliegenden Fall bei Keynes nachlesen. Nicht mehr nachlesen kann man das in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland und nicht bei Dorothea Hauser, die es sich zu ihrer Aufgabe gemacht hat, die Fakten durch ihre Wertungen so lange zu umnebeln, bis sie der Leser ganz aus den Augen verliert.

Keynes weist nach, daß die Bedingungen des „Versailler Friedensvertrages“ mit den insgesamt 5 Friedensdeklarationen des US-Präsidenten aus dem Jahre 1918 unvereinbar waren (S. 81-85) und merkt ausdrücklich an:

und unanpassungsfähig“.... „Selten kann ein Staatsmann ersten Ranges der geistigen Beweglichkeit im Beratungszimmer hilfloser gegenübergestanden haben als der Präsident“ (Seite 69).

¹⁴ Vgl. Keynes, a.a.O., Seite 75. Keynes nennt noch drei weitere Beispiele dieser Art, i.e. vgl. Seite 76f.

¹⁵ Keynes, a.a.O., Seite 81

„Den deutschen Auslegern [des Vertrages] fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute.“

Trotzdem hat die deutsche Delegation zu wenig Empathie und Leidenschaft aufgebracht, die Heuchelei und Unaufrichtigkeit des Versailler Vertragswerkes aufzudecken, bemängelt Keynes (S. 84). Die Mitglieder der Delegation, die dann zu den von den Alliierten ausgehandelten Friedensbedingungen Stellung nehmen durften, waren wahrscheinlich gar nicht in der Lage, die volle Tragweite des Diktats zu erkennen, das sie unterzeichnen mußten. Das wirft kein gutes Licht auf die deutsche Regierung (Scheidemann), welche die Zusammenstellung der Delegation vorgenommen hatte. Diese republikanische Regierung hatte natürlich das Manko, den Verwaltungsapparat der neuen demokratisch-republikanischen Regierung neu besetzen zu müssen. Der englische Ökonom Keynes wußte um die Folgen. Er nennt sie ausdrücklich.¹⁶

Der Friedensvertrag bezweckte die systematische Vernichtung der drei Hauptfaktoren, die Deutschlands Wirtschaft vor dem Krieg so mächtig gemacht hatten:

die Vernichtung des Überseehandels, seiner Handelsflotte, die Wegnahme seiner Kolonien, die Enteignung seiner Investitionen im Ausland und die Auflösung der Überseeverbindungen seiner Kaufleute,

die Vernichtung der Kohle- und Eisenindustrie mit den damit verbundenen weiterverarbeitenden Industrien des Maschinenbaus und der Chemie,

die Schwächung des Verkehrs- und den Zusammenbruch seines Zollsystems.

Es gereicht der heutigen Geschichtsschreibung in Deutschland wenig zur Ehre, dieses Verdikt als Friedensvertrag zu bezeichnen und heute noch zu rechtfertigen. Daß dies aber ohne große Abstriche immer noch erfolgreich geschehen kann, weist darauf hin, daß es mit der Freiheit der Wissenschaft nicht so gut bestellt sein kann, wie die Repräsentanten des deutschen Staates gerne vorgeben. Wider besseres Wissen wird die Jugend auf diese Weise indoktriniert.

Illusionäre Reparationslasten

Keynes meint, daß bei Abschluß des Waffenstillstandes (Oktober 1918) die Wiedergutmachungsvorstellungen aller Beteiligten nicht über die Entschädigung der militärischen Schäden durch Besetzung und U-Boot-Krieg hinausgingen. Erst danach, als man erkannt hatte, daß der Feind wahrscheinlich sogar zu einer bedingungslosen Kapitulation hätte einwilligen müssen, schraubte man seine Anforderungen in die Höhe.

In England, wo Unterhauswahlen anstanden, schaukelten die auf den Meinungsbildungsprozeß einflußnehmende englische Presse und die um Parlamentssitze und Regierungsmehrheit kämpfenden Parteien die Reparationsansprüche wechselseitig immer höher. Am Ende waren sich alle einig, man dürfe „den Hunnen nicht mit einem blauen Auge davonkommen lassen“ (S. 88). Keynes schildert in eindrucksvollen Details (S. 86–94) den Prozeß des Meinungswandels bei Lloyd George, dem englischen Premier, im fortschreitenden Wahlkampf. Am Anfang sagte er noch, „unsere Aufgabe müsse es sein, einen gerechten und andauernden Frieden zu schließen und die Grundlagen eines neuen Europas so zu legen, daß der Anlaß zu ferneren Kriegen für immer beseitigt werden möge“, am Ende waren sich alle demokratischen Parteien in England einig, daß Deutschland alle Kriegsfolgen bezahlen müsse, sogar die Kriegsschulden, die England beim eigenen Volk und in den USA aufgenommen hatte. Lloyd Georges gewann dann auch seine Wahlen – auf Kosten

¹⁶ Vgl. Keynes, a.a.O., Seite 84–85

Deutschlands.¹⁷ Die Höhe der Reparationsforderungen, die im englischen Wahlkampf kolportiert wurden, übertrafen ein Mehrfaches des Betrages, der dann später in Versailles festgelegt wurde (132 Mrd. Goldmark). Doch auch dieser war aufgrund der volkswirtschaftlichen Gegebenheiten faktisch nicht bezahlbar.¹⁸

Keynes sieht in den Unterhauswahlen in England also im Zusammenspiel von meinungsbildenden Pressekampagnen und der beflissenen Anpassungsbereitschaft der englischen Parteien an die erzeugte Stimmungslage die eigentliche Ursache, warum später Frankreich seine utopischen Reparationsforderungen bei den Beratungen der Siegermächte habe durchsetzen können.

Im Gegensatz zu England waren Frankreich und Italien infolge der Kriegsschäden und der über Inflation finanzierten Staatsschulden dringend auf Reparationszahlungen angewiesen. Sie standen vor dem Staatsbankrott. Aber sie konnten schlichtweg gar nicht zugeben, daß es faktisch unmöglich sei, von dem durch den anhaltenden Krieg ausgehungerten Deutschland die eigenen Schulden bezahlt zu bekommen.

Für Keynes als Ökonomen gab es nur einen Ausweg: Die effektive, nach dem Krieg verbliebene Wirtschaftskraft Deutschlands war zu ermitteln, um daran seine Zahlungsverpflichtungen zu orientieren. Die faktisch nicht kriegsgeschädigten USA hätten zusätzlich die Aufgabe der Zwischenfinanzierung übernehmen müssen. Bei der Ermittlung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschland wären zu berücksichtigen¹⁹:

Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, des unternehmerischen Produktivvermögens im Ausland;

Gebietsverluste von 13,1%, 14,6% der überlebensnotwendigen landwirtschaftlichen Anbaufläche, Bevölkerungsverluste von 10%;

74,5% der Eisenerz-, 68,1% der Zinkerz- und 26% der Kohleproduktion.

Hinzu kam, daß über 2 Mio. deutsche Männer gefallen waren, die Bevölkerung über 4 Jahre lang der Hungerblockade der Alliierten ausgesetzt und ausgehungert war, die eigene Kriegsschuld den Wert der ehemaligen Goldmark auf 1/7 reduziert hatte und die Handelsgebiete vor allem in Osteuropa durch die Gründung neuer Staaten größtenteils weggefallen waren. Im Ergebnis war die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands 1919 nur noch ein Bruchteil jener von 1913.

Reparations- oder Wiedergutmachungszahlungen aus dem derart reduzierten Sozialprodukt konnte Deutschland nur leisten, wenn es mehr exportierte als importierte. Das war eine ganz wesentliche Erkenntnis von Keynes, der später, nach dem 2. Weltkrieg eine entscheidende Bedeutung zukommen sollte, als die Siegermächte aus den Fehlern nach dem 1. Weltkrieg gelernt hatten. Da hatten Sie, wie man so schön sagt, „ihren Keynes gelernt“.

¹⁷ Keynes fragte nach dem Zusammentreten des neuen Parlaments einen konservativen Freund nach den neuen Unterhausmitgliedern, die mit ihren aufpeitschenden Reden die Wahl gewonnen hatten und sein Freund sagte ihm: „Es sind Leute mit harten Gesichtern, die aussehen, als hätten sie im Krieg sehr gute Geschäfte gemacht“ (Keynes, a.a.O., Seite 92).

¹⁸ Keynes kommentiert die gegen jede Vernunft sprechenden Vorstellungen wie folgt: „Welcher anderen Zukunft hätte Europa entgegensehen können, wenn entweder Mr. Lloyd George oder Mr. Wilson entdeckt hätte, daß das ernsthafteste der Probleme, die ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, nicht politischer oder territorialer war und daß die Gefahren der Zukunft nicht in Grenz- und Gebiets-, sondern in Lebensmittel-, Kohlen- und Verkehrsfragen liegen“ (Seite 93).

¹⁹ Gustav Stolpe, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964, Seite 88. Die von Keynes angegebenen Zahlen (vgl. Seite 97) sind zu niedrig angegeben.

Leistungsbilanzüberschüsse sind die Voraussetzung, um Zahlungen – ganz gleich ob als Reparationen oder Wiedergutmachungen – an die Siegerstaaten abführen zu können. Zu diesem Zweck hätte Deutschland nach dem 1. Weltkrieg schnell in die Lage gebracht werden müssen, die Exporte zu steigern und die Importe zu senken. Doch damals machte man gerade das Gegenteil.

Aus dieser klaren Sachanalyse heraus vergleicht Keynes die Vorkriegsimporte Deutschlands (10,76 Mrd. Mark) mit den Vorkriegsexporten (10,1 Mrd. Mark) und ermittelt einen Einfuhrüberschuß von 660 Mio. Mark. Im Durchschnitt der vorhergehenden 5 Jahre war der Einfuhrüberschuß sogar 1,48 Mrd. Mark. Deutschland hatte trotzdem eine positive Leistungsbilanz damals. Der Überschuß ergab sich aus dem Gewinn der Auslandsinvestitionen, den Einnahmen aus seiner großen Handelsflotte und den Bankgeschäften mit dem Ausland. Wenn diese Einnahmequellen infolge des Versailler Friedens den Deutschen weggenommen würden, dann könnte sich Deutschland, selbst wenn es das Niveau seiner Vorkriegswirtschaft hätte, nicht einmal selbst ernähren, geschweige denn Reparationszahlungen an die Siegermächte leisten.

Keynes versucht nun jene Güter der deutschen Volkswirtschaft zu ermitteln, mit denen Exportüberschüsse erzeugt werden könnten. Bei Eisenprodukten sieht er ein großes Defizit (Importbedarf), für Kohlen ermittelt er einen Exportüberschuß von 20 Mrd. Mark, bei Maschinen wäre seiner Meinung nach ebenfalls ein geringer Exportüberschuß möglich, bei allen anderen Produkten (Wolle, Getreide, Lederwaren) geht er von Importüberschüssen aus. Im Nettoergebnis sieht Keynes kaum eine Möglichkeit, den Export zu steigern. Abgesehen davon ergab sich ja das Problem, daß die Exportüberschüsse Deutschlands in den Importländern mit den Gütern der heimischen Unternehmen in Konkurrenz traten und aus beschäftigungspolitischen Gründen dort gar nicht erwünscht waren.

Also sieht Keynes nur eine Möglichkeit, Überschüsse in der deutschen Handelsbilanz zu erzielen: Durch Verminderung der Einfuhren. Dies müßte natürlich konsequenterweise zu Lasten des Lebensstandards in Deutschland gehen. Die Deutschen würden also ihren Lebensstandard weit unter das Vorkriegsniveau senken müssen. Auf die Importgüter, die man zur Herstellung von Exportgütern benötigt, könnte man auf keinen Fall verzichten. Neben der Senkung des Lebensstandards müßten sie länger arbeiten und durch Fleiß, Erfindungsgeist und technische Fortschritte, größeres Sparen und höhere Investitionen die Produktivität und damit die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland steigern. Wer diese Argumentation von Keynes mit Bedacht liest, wird hier schon das Rezept erkennen, mit dem Deutschland nach 1945 behandelt worden ist.

Unter der Annahme, daß die notwendigen Einschränkungen den Lebensstandards (auch deren politische Realisierbarkeit muß Keynes stillschweigend unterstellen) bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung gelingen könnten, glaubt Keynes einen jährlichen Handelsbilanzüberschuß von 2 Mrd. Mark realisieren zu können. Er muß diese Marke mit vielen Annahmen und Schätzungen mehr oder weniger willkürlich setzen, das gibt er auch frei zu.²⁰ Diese geschätzten 2 Mrd. hätten die Deutschen 30 Jahre lang bezahlen müssen. Das entspräche dann bei einem Zinssatz von 5% und einer Tilgung von 1% einem Barwert von rund 34 Mrd. Mark. Diesen taxierten Wert rundet Keynes nochmals auf und sagt, daß Deutschland mit maximal 40 Mrd. Mark belastbar sei. Er fügt aber ehrlicher Weise hinzu, daß die effektive Belastung seiner Meinung nach eigentlich darunter liegen müsse. Ein wenig erhöhen könne man diese Belastung allerdings dann, wenn man deutsche Arbeiter direkt nach Frankreich und Belgien zum Arbeitseinsatz schickte, die dann von der deutschen Regierung

²⁰ Vgl. Keynes, a.a.O., Seite 100.

bezahlt werden müßten. Auf diese Weise glaubt er, wären vielleicht nochmals 5 Mrd. Mark aus Deutschland herauszuholen gewesen. Doch abgesehen davon, daß diese Alternative nichts anderes als jene Form von „Zwangs- oder Sklavenarbeit“ gewesen wäre, für die Deutschland nach dem 2. Weltkrieg belangt wurde, und heute noch zahlen muß, übersah Keynes, daß ökonomisch betrachtet diese Möglichkeit nur eine andere Form der von ihm schon erwähnten Einschränkung des Lebensstandards und Konsumverzichts gewesen wäre. Nur die Art und Weise, wie sie erzielt würde, wäre eine andere gewesen.

Im Ergebnis seiner sehr großzügigen Annahmen und darauf basierenden Berechnungen muß Keynes feststellen (S. 101):

„Eine Zahlungsfähigkeit von 160 oder auch nur 100 Mrd. Mark liegt bei vernünftiger Schätzung nicht im Bereich der Möglichkeit.“

Die im Versailler Vertrag den Deutschen auferlegte Zahllast von 132 Mrd. Mark war also effektiv nicht bezahlbar.

Doch woher waren diese völlig überhöhten Reparationsforderungen gekommen? Alternativrechnungen anderer „Ökonomen“, wie man dieses Personal heute zu bezeichnen pflegt, hatten ermittelt, daß die deutsche Wirtschaft jährlich mit 10 Mrd. Mark belastet werden könnte. Ihnen weist Keynes im einzelnen nach, daß ihre Berechnungen völlig danebenliegen, weil sie auf dem Vermögenszuwachs des Jahres 1913 basierten, der aber infolge der Kriegsfolgen und Gebietsabtretungen nahezu komplett weggefallen war (Seite 103–105). Hinzu kommt, daß man mit Inlandsvermögen und Vermögenszuwächsen damals keine Auslandsschulden oder Reparationen bezahlen konnte. Dazu bedurfte es damals noch der Einnahmen aus Handelsbilanz-, Dienstleistungs- oder Kapitalbilanzüberschüssen (Zinsen und Gewinne aus dem Ausland). Heute freilich, im Zeitalter der Globalisierung, wäre eine Übereignung des deutschen Produktivvermögens und seine Ausschachtung mittels Gewinnübertragungen durchaus möglich und sie ist ja auch gang und gäbe, wie die milliardenschweren Aufkäufe deutscher Unternehmen und Immobilien durch internationale Kapitalspekulanten seit Einsetzen der Globalisierung beweisen. Auch für diese heutige Möglichkeit der Ausbeutung nationalen Produktivvermögens kann die Wirtschaftsgeschichte und das Frustrationserlebnis der damaligen macht- und raffgierigen Sieger des 1. Weltkrieges durchaus Pate gestanden haben.

Keynes hat die begrenzten ökonomischen Möglichkeiten der Versailler Diktatmächte aufgezeigt, die in ihrer Maßlosigkeit mehr herauschlagen wollten, als ökonomisch möglich war. Unabhängig von der Unmöglichkeit, die Reparationsforderungen zu erfüllen, die er nachweist, prangert er das unmoralische und verwerfliche Vorgehen der Siegermächte an:

„Die Politik der Versklavung Deutschlands für ein Menschenalter, der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen und der Beraubung eines ganzen Volkes sollte abschreckend und verwerflich sein, selbst wenn sie möglich wäre, selbst wenn sie uns reicher machte, selbst wenn sie nicht den Verfall der ganzen europäischen Kultur zur Folge hätte.“²¹

Die Tiefe dieser Erkenntnis und die Reichweite der von Keynes vorhergesagten Folgen bedürfen keines weiteren Kommentars. Sie müssen jeden Menschen aufwühlen, der die Zeit danach ohne Scheuklappen und ohne ideologische Verblendung erlebt oder verfolgt hat.

²¹ Keynes a.a.O., Seite 105.

Inflation und die ökonomische Not im Nachkriegs-Europa

Die Staatsmänner des Versailler-Viererrates aus Italien, Frankreich, England und USA interessierte alles andere als die wirtschaftliche Zukunft Europas und schon gar nicht die Not der Menschen in den besiegten Feindstaaten. Sie wollten sich die politische Vormachtstellung für alle Zukunft sichern, dem Feind möglichst viel Land und Bevölkerung abnehmen und um ihn einen „Gürtel“ befeindeter Neustaaten gründen, die man im Bedarfsfalle gegen ihn aktivieren könnte. Was das Wirtschaftsleben und den Lebensstandard anbetraf, glaubten sie wohl, das Leben könne so weitergehen wie vor dem Krieg, als die Menschen in Europa einen relativ hohen Lebensstandard erreicht hatten. Doch der Krieg hatte alle europäischen Volkswirtschaften arm gemacht. Man hatte Kriegsgüter anstelle von Investitionsgütern produzieren müssen. Diese waren größtenteils auf den Schlachtfeldern vernichtet worden. Millionen Menschen waren gefallen oder invalide, sie fielen als Produktionsfaktor aus. Den Siegern war nicht klar, daß auch sie nicht dort würden weitermachen können, wo man in den Friedensjahren vorher angelangt war.

Alle Länder Europas waren damals mehr oder weniger auf Rohstoff- und Lebensmittelimporte angewiesen. Produktion, Handel, Geld- und Verkehrswesen hatten vor dem Krieg eine bis dahin noch nie gekannte Blüte erreicht. Ihr verdankte man den, an heutigen Maßstäben gemessenen, bescheidenen Wohlstand. Der unausweichlichen Nachkriegsnot vorzubeugen, die in der allgemeinen Inflation signifikant wurde, wäre die wichtigste Aufgabe der Politik gewesen. Doch die maßgebenden Politiker gaben sich der Illusion hin, mit den Reparationen, die man den Deutschen auferlegte, über die Runden zu kommen. Aber die deutsche Volkswirtschaft lag in einem Maße darnieder, daß sie nie und nimmer hergeben konnte, was man aus ihr herauspressen wollte. Keynes schildert die wirtschaftliche Situation Nachkriegsdeutschlands:

Es mußte vor dem Krieg 12 Mio. Tonnen Lebensmittel einführen, um 67 Mio. Menschen ernähren zu können. Diese Einfuhr mußte es mit Industriegütern bezahlen, für deren Produktion es zusätzlich noch Rohstoffe importieren mußte. Beides, die notwendigen Lebensmittel und die notwendigen Rohstoffe, konnte jetzt nicht mehr bezahlt werden. Zusätzlich sollte Deutschland Reparationen in Gütern und Geld leisten, doch es verfügte weder über Güter noch über Gold in ausreichendem Maße. Den Deutschen drohte Hungertod und Massensterben. Keynes beschreibt eingehend die Ursachen und das Ausmaß der Nöte:²²Die Situation in Deutsch-Österreich und den andern Ländern Osteuropas war nicht besser.

Die Produktivität hatte sich in allen Ländern und Wirtschaftssektoren zum Teil erheblich verringert. In Deutschland war die Ergiebigkeit des Bodens um 40% gesunken, weil die Düngung in den Kriegsjahren vernachlässigt werden mußte, die Nutzfähigkeit des Viehs war sogar um 55% zurückgegangen. Die Kohleförderung war um 30% gesunken. Doch Produktion und Verkehr waren auf die Kohle angewiesen. Das Verkehrswesen und damit der Handel waren größtenteils zusammengebrochen. Deutschland hatte schon im Waffenstillstandsabkommen vom Oktober 1918 5000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen abliefern müssen²³. Das europäische Währungssystem hatte sich aufgelöst, alle Länder und Regierungen hatten ihre Ausgaben in den Kriegsjahren mehr oder weniger über Inflationsgeld finanzieren müssen. Das hatte die Inlandskraft aller europäischen Währungen erheblich geschmälert, Importgüter waren

²² I.e. vgl. Keynes, a.a.O., Seiten 108 ff.

²³ Vgl. Stolper, Häuser, Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964, Seite 89.

nahezu unbezahlbar geworden. In Europa waren fünfzehn Millionen Familien auf Arbeitslosenhilfe angewiesen.

In Deutschland hatte sich die umlaufende Geldmenge verzehnfacht. Zwar waren die Preise im Inland nur um das Fünffache gestiegen, aber der Auslandswert der Mark hatte sich dezimiert. Der Goldwert der Mark war auf 1/8 gesunken. Da sich gleichzeitig die Weltmarktpreise verdoppelt hatten, war also die Kaufkraft der Mark für die dringend notwendigen Importgüter auf den Auslandsmärkten auf 1/16 bis 1/20 gesunken. Nur in England, das auf seine Kolonien zurückgreifen konnte, war die ökonomische Situation vergleichsweise besser. In Frankreich, Italien und den Beneluxländern waren die Verhältnisse vergleichbar denen in Deutschland. Während Deutschland von den Importen völlig abgeschnitten war, wurden die genannten Länder zwar mit Auslandsgütern versorgt, aber sie mußten diese mit Schulden bezahlen, die ihnen England und USA gewährten.

Die Finanzierung der Importgüter mit Auslandsanleihen hatte zwar zur Folge, daß sich der Außenwert des Franc (Abwertung auf ca. 60% des Vorkriegswertes) und der Lira (Abwertung um 50%) nicht in dem Maß verschlechterte, wie der der Mark (sie hatte nur noch ca. 12% des Vorkriegswertes), aber die Haushaltsdefizite beider Länder waren immens angewachsen und die Schulden mußten irgendwann zurückgezahlt werden. Steuererhöhungen und Senkung des Lebensstandards waren für beide Länder unvermeidbar. Es war eine unverantwortliche Illusion der Politiker zu glauben, mit Reparationen aus Deutschland, das sich selbst nicht mehr ernähren konnte, könne man die notwendigen Einschränkungen vermeiden. Noch schlimmer war, daß man diese falsche Hoffnung auch der eigenen Bevölkerung machte. Der gesamte europäische Wirtschaftsraum war durch den Krieg zurückgeworfen worden. Die Vorstellung, ein einzelnes Land und seine Volkswirtschaft, auch wenn es vor dem Krieg die wirtschaftlich stärkste Nation in Europa gewesen war, könne den Wiederaufbau alleine bestreiten, war ökonomisch nicht zu rechtfertigen.

Wichtigste Voraussetzung, den Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaften beginnen zu können, wäre die Beendigung der Inflation in allen betroffenen europäischen Ländern nach dem Krieg gewesen. Das hätte sie instand gesetzt, die so dringend benötigten Importgüter (Rohstoffe und Nahrungsmittel) wieder bezahlen zu können. Sicherlich wären dazu Währungsreformen und Staatsanleihen im großen Maßstab nötig gewesen, die vor allem die USA als der einzige und eigentliche Sieger des Weltkrieges hätten gewähren müssen. Letztendlich wäre das auch für die USA ein gutes Geschäft gewesen. Das Ganze zu organisieren, wäre die Aufgabe einer Friedenskonferenz gewesen, die diesen Namen dann auch verdient hätte. Aber die Politiker der alliierten Sieger hatten, wie gesagt, andere Prioritäten: Machterhaltung durch Machtausdehnung und Schwächung des Feindes mit allen Mitteln und für alle Zukunft.

Dies geschah zum großen Schaden aller europäischen Völker, wie die Geschichte gezeigt hat. Europas Absinken zur politischen Bedeutungslosigkeit nahm damals ihren Anfang. Das heute, nach nahezu 100 Jahren, aufzuzeigen wäre eine vornehme Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Doch die Mehrzahl der deutschen Historiker schildert die Geschichte des „Versailler Friedens“ noch immer aus der Sicht der rach- und machtsüchtigen Siegermächte. Die krampfhaften Rechtfertigungsbemühungen wirken gelegentlich so peinlich, daß man gar nicht glauben kann, daß diesen Sachverdrehern noch irgendein Mensch Glauben schenken mag.

Die Verantwortung der Geschichtswissenschaften

Abschließend muß deshalb nochmals auf die traurige Rolle der heutigen Zeitgeschichtsschreibung eingegangen werden, für die Dorothea Hauser mit ihrem Vorwort zur Neuauflage der Keynes'schen Streitschrift ein typisches Beispiel abgibt. Sie sieht im

Versailler Friedensvertrag die Fortsetzung des Krieges: „*Noch jeder Friedensschluß hat den Charakter des Krieges, der ihm vorausging, in sich getragen*“, sagt sie wörtlich. Damit rechtfertigt sie die dem deutschen Volk auferlegten Tribute, die es objektiv gesehen gar nicht zu leisten in der Lage war. Hauser übernimmt das Denken und die Werthaltung der damaligen Sieger, insbesondere der französischen Diplomatie, für deren Verständnis sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden sophistischen Möglichkeiten wirbt. Das ist die schlimmste Sünde, die man als Historiker begehen kann – für eine Konfliktpartei einseitig Partei zu ergreifen. Heute ist die Adaption der durch die Politik vorgegebenen Denk- und Werthaltung die Norm in den Geisteswissenschaften geworden. Die Historiker bilden dabei keine Ausnahme. Für den akademischen Unterbau ist engagiertes, kritisches und analytisches Denken als Gegenstand universitärer Bildung unerwünscht und deshalb als unnötig abgeschafft worden. Die Tiefe der zu vermittelnden Kenntnisse beschränkt sich auf die ministeriellen Erlasse und Vorgaben der Kultusministerien. Es kommt dort primär auf die Vermittlung einer uniformierten Werthaltung an, deren Weitergabe über zugelassene Schulbuchverlage einer stetigen Kontrolle unterliegt. Für die geistige Mittel- und Oberschicht auf der Ebene der Forschung und Lehre ist ein Abweichen von den Vorgaben politisch korrekten Denkens und Wertens zum Berufs- und Existenzrisiko geworden. Man hat sich den Gegebenheiten angepaßt, ein historische Erfahrung, die in Deutschland schon immer gut funktioniert hat.

Woher diese diktatorisch vorgegebenen Werte heute kommen, steht in Deutschland außer Frage. In der Weimarer Republik hätte die Historikerin Hauser für ihre Denkhaltung bei allen Deutschen, quer durch alle politischen Strömungen nur verständnislose Verachtung gefunden. Die Freiheitsrechte der Weimarer Republik standen eben nicht nur auf dem Papier der Verfassung, sie waren ernstgemeint und konnten gelebt werden. In dem „freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab“, interpretiert Hauser die Geschichte nach den ihr einmal vermittelten und von ihr verinnerlichten Dogmen. Als Meinungsmultiplikator zählt sie zu den wichtigen Erhaltungsfaktoren des politischen Systems. In der DDR waren solche Kräfte in gleicher Weise wirksam.

Eine Analyse und Bewertung des Versailler Friedensvertrages kann unmöglich die zentralen Fehler des Verdiktes, das sich Vertrag nannte, übersehen oder rechtfertigen. Seine Eckpunkte sollen nochmals genannt werden:

Deutschland war mit seiner Wirtschaft, seinem Bevölkerungspotential und seiner technisch-wissenschaftlichen Entwicklung um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert zu mächtig geworden und hatte damit das Gleichgewicht der europäischen Großmächte aus den Angeln gehoben. Das durfte nicht sein.

Die bald nach Kriegsbeginn einsetzende und nachhaltige Finanzierung der Kriegsgegner Deutschlands durch die USA (rund 40 Mrd. Goldmark) hat die Niederlage der Entente-Mächte verhindert, der direkte Eintritt in den Krieg durch die USA hat die Entscheidung zuungunsten der Achsenmächte herbeigeführt.

Während US-Präsident Wilson den Völkern Europas unter anderem auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes durch den Friedensschluß verheißen hatte, wodurch nicht nur den kriegsmüden Deutschen der Waffenstillstand schmackhaft gemacht worden war, wollte die französische Diplomatie ihre durch den Krieg nicht zu realisierenden Ziele dann eben mit Hilfe des Friedensvertrages erreichen.

Deutschland sollte auf das Niveau des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen werden und dort so lange wie möglich gefesselt bleiben – eine Devise, die von missionseifrigen Friedens- und Demokratiebringern auch heutzutage, im 21. Jahrhundert, noch ungestraft verbreitet und praktiziert werden kann.

Die übrigen, sich zu den Siegern des Ersten Weltkrieges zählenden Staaten und Volksgruppierungen Ost- und Südosteuropas, sahen im Friedensvertrag die Möglichkeiten der eigenen Vorteilsnahme, was ebenfalls das Zustandekommens dieses Vertrages begünstigte.

Deutschland war nie in der Lage, die ökonomischen Bedingungen des Friedensdiktates zu erfüllen. Seine durch die Kriegsanstrengungen geschwächte Wirtschaft mußte unter der Last der Auflagen völlig zusammenbrechen. Die Siegermächte, insbesondere Frankreich und Italien dachten nicht daran, ihre Wirtschaft zu reorganisieren, sie ließen der Inflation und Staatsverschuldung weiter freien Lauf.²⁴

Der ökonomische Zusammenbruch in den beiden Weltwirtschaftskrisen in den 1920iger Jahren (zuerst Inflation und danach Deflation) war vorprogrammiert und konnte ohne eigene Anstrengungen der europäischen Staaten nicht verhindert werden. Die wesentliche Ursache hierfür war der Versailler Friedensvertrag. Die Siegermächte hatten ihre Hausaufgaben nicht gemacht, die Besiegten waren bei der Aushandlung des Vertrags gar nicht zugelassen worden.

Nach nahezu hundert Jahren Zeitabstand sollte Geschichtsforschung als Wissenschaft in der Lage sein, ein relativ wertfreies Urteil über die Folgen dieses sogenannten Friedensvertrages zu treffen. Wer sich heute noch krampfhaft bemüht, die schlimmen und nachweisbaren Fehler dieses Verdiktes abzustreiten, wer die Motive der Vertragsregelungen verständnisvoll rechtfertigt, wird als Politiker unglaubwürdig. Historiker, die das angesichts der Fakten tun, können nicht mehr ernstgenommen werden.

[20.9.2006]

www.staatsbriefe.de

²⁴ Auf den Seiten 123–147 geht Keynes ausführlich darauf ein, welche Anstrengungen von allen Ländern hätten unternommen werden müssen, um den ökonomischen Zusammenbruch zu vermeiden.